

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

37. Jahrgang.

N^o 54.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Freitag, den 6. März.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Wegen des Bußtages erscheint die nächste Nummer Sonnabend Nachmittag.

Die Erneuerung der Münzkonferenz.

Der entschiedene Erfolg, welchen die sogenannte „freie wirtschaftliche Vereinigung“ des deutschen Reichstages bei der Berathung der Getreidezoll-Erhöhungen errang, hat die dieser Vereinigung angehörenden Anhänger der Doppelwährungs-Theorie ermutigt, ihre bisherige abwartende Haltung aufzugeben und mit einem Antrag vorzugehen. Dieser von den Abgg. von Schorlemer Alst, von Kardorff, Dr. Frege und Leuschner gestellte und von 40 konservativen und liberalen Abgeordneten unterstützte Antrag geht dahin, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Vereinbarung mit dem lateinischen Münzbund und den Vereinigten Staaten bezuglich Wiederaufnahme der Prägung vollwerthiger Silbermünzen anzubahnen. Wir haben schon früher wiederholt ausgesprochen, daß von einer reinen Goldwährung in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann, seitdem die Einziehung der Thalerstücke sistirt worden ist, daß aber die Wiedereinführung der Silberwährung, bei dem voraussetzlichen massenhaften Herbeiströmen des Silbermetalls aus benachbarten Staaten, die an der Goldwährung festhalten, unsere Währungsverhältnisse nicht bessern und den Silberpreis nicht erhöhen würde. Der erwähnte Antrag zielt deshalb sehr richtig auf Anregung einer neuen internationalen Münzkonferenz ab. Die im Jahre 1881 auf der damals in Paris abgehaltenen und erfolglos gebliebenen Münzkonferenz gemachten Erfahrungen sind freilich nicht sehr ermutigend. Dennoch scheint es, als ob die Agitation der Bimetallisten nicht ganz aussichtslos sei und als ob die letzteren sich in einer sehr hoffnungsreichen Stimmung befinden.

Vor Allem kommt es jetzt darauf an, ob der wärmste Freund der deutschen Landwirthe, der deutsche Reichskanzler, ihre Ueberzeugung theilt. Daß Fürst Bismarck neuerdings der Währungsfrage sein besonderes Interesse zuwendet, ist unzweifelhaft. Die gewöhnlichen Zeichen, daß sich auf diesem Gebiete etwas Wichtiges vorbereitet, lassen sich bereits deutlich wahrnehmen. Wiederholt brachte die „Nordd. Allg. Ztg.“ an hervorragender Stelle Mittheilungen über Petitionen und Zuschriften aus landwirtschaftlichen Kreisen, in welchen das Gesuch an den deutschen Reichskanzler gerichtet wird, der reinen Goldwährung ein Ende zu machen. Ein derartiges Gesuch ist mit dem Hinweis, daß noch 125 weitere ähnliche Petitionen von landwirtschaftlichen Vereinen vorliegen, dem deutschen Bundesrathe dieser Tage „zur Kenntnissnahme“ überwiesen worden, ganz analog dem bei der Erhöhung der Getreidezölle beobachteten Verfahren. Die „Kreuzzeitung“ theilt sogar mit, daß die Zahl der Petitionen landwirtschaftlicher Vereine gegen die Goldwährung bereits auf 430 gestiegen sei und von Tag zu Tag weiter anwache. Die Generalversammlung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer, welche bekanntlich einstimmig dem Reichskanzler den Dank für die Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen hat, hat ebenfalls zugleich dringend um Einführung der internationalen Doppelwährung und der Verein für deutsche Volkswirtschaft faßte einen gleichen Beschluß. Ebenso hat der Kongreß deutscher Landwirthe ohne Debatte und einstimmig den Beschluß gefaßt, der Petition gegen die Goldwährung beizutreten. „Es ist unmöglich“, schreibt das genannte Blatt, „daß solche einmütigen Kundgebungen der Landwirtschaft zu Gunsten des Bimetallismus an maßgebender Stelle ohne Einfluß bleiben werden.“

Ganz wie bei der Frage der Getreidezoll-Erhöhung stehen sich auch bei der Währungsfrage die Ansichten der Landwirthe und der Industriellen schroff entgegen. Die Annahme, daß sich im gegenwärtigen Reichstage eine Mehrheit für die Aenderung unseres Münzsystems finden könnte, hat auch die industriellen Kreise aus ihrer bisherigen Veshargie wachgerüttelt und zu Kundgebungen für die Beibehaltung der jetzigen Währungsverhältnisse wachgerufen. Der bekannte Vertheidiger der Goldwährung, der Abg. Bamberger, hat zwar in dieser Session des Reichstages noch keine Gelegenheit gehabt, das fast in jeder Session stattgefundenen Währungsduell mit dem Abg. von Kardorff auszusprechen, aber dafür hat das Ältesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft die deutschen Handelskammern zum Kampfe wider die Doppelwährungs-Männer aufgerufen. Von dieser Seite wird besonders die Behauptung des Abg. Leuschner angefochten, „daß die Goldwährung den Geldumlauf in Deutschland verhindert habe“, auf Grund welcher Behauptung erst in der freien wirtschaftlichen Vereinigung

der erwähnte Antrag auf Wiedereinberufung der Pariser Münzkonferenz beschloffen wurde. Ein Vergleich zwischen dem heutigen Münzumläufe im Deutschen Reich und dem in der Zeit vor Einführung der Goldwährung führt aber, wie der Herausgeber der „Währungs-Korrespondenz“, Dr. Hans Kleiser, im Gegensatz zu dem Abg. Leuschner behauptet, zu folgendem Resultate: „Im Jahre 1870 liefen in Deutschland (nach des Bimetallisten Haupt Zusammenstellung) zwischen 1600 und 1750 Millionen Mark Geld um. Heute nach Einführung der Goldwährung (d. h. im Jahre 1884) kreisen in Deutschland 3150 Millionen (nach der Schätzung Haupt's, nach anderweitiger 3720 Millionen). Das bedeutet eine Zunahme von annähernd anderthalb Milliarden Mark oder eine Verdoppelung des Geldumlaufs in zehn Jahren.“

Der Reichstag wird nicht umhin können, sich über den Stand einer so hochwichtigen Frage zu informieren, bei der die Meinungen in der angedeuteten Weise so weit auseinandergehen. Eine ernstliche Erörterung der Währungsfrage wird aber auch die Reichsregierung jetzt schon deshalb nicht mehr abweisen können, als die von dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten geäußerten Ansichten über die Währungs-Angelegenheit das weitere Sinken der Silberpreise befürchten lassen. Welche Kalamität für unseren sonst so einträglichen Freiburger Bergbau ein weiteres Sinken des jetzt schon so niedrigen Silberpreises bedeuten würde, bedarf nicht der weiteren Ausführung. Wenn wirklich die Vereinigten Staaten nach dem Wunsche des neuen Präsidenten Cleveland die Ausprägung der Silberdollars einstellen, ist bei der Unersehbarkeit der amerikanischen Metallschätze eine Massenausfuhr von Silber nach Europa bestimmt zu erwarten. Ein Abfluß nach Frankreich scheint unmöglich, da die unbedeuten silbernen Fünftanks-Stücke immer wieder massenhaft in die Keller der Nationalbank zurückströmen und England, dessen Handel mit China und Indien jetzt durch den Krieg in Ostasien auf ein sehr geringes Maß reduziert worden ist, hat damit seine besten Abnehmer für Silbermünzen eingebüßt. Glücklicherweise sind in Amerika selbst die einflussreichsten Minenbesitzer rasilos thätig, die auch für sie verberbliche Maßregel der Einstellung der Silberdollar-Prägung zu verhindern. Im Repräsentantenhause stimmten in voriger Woche nur 54 Demokraten für die Suspension, während 116 Demokraten die Anschauungen des neuen Präsidenten bekämpften. Die Führer dieser Sektion drohen in Gemeinschaft mit der Silberpartei unter den Republikanern mit offener persönlicher Feindseligkeit gegen Cleveland, der, wie sie sagen, den Bankiers in Wallstreet und der Goldpartei erlaube, ihn zu beherrschen. Besonders hat sie ein an die Mitglieder der Silberpartei im Kongreß gerichteter Brief Clevelands erregt, welcher die Uebel hervorhebt, die aus der fortgesetzten Prägung von Silber entstehen dürften und behauptet, es würde dadurch Gold aus dem Lande getrieben werden und die arbeitende Bevölkerung insbesondere unter der verringerten Kaufkraft des Silbers leiden. Der Brief fährt fort: „Die Arbeiter von den bevorstehenden Kalamitäten, die eine Folge der fortgesetzten Prägung von Silber sein würden, zu befreien, ist sicherlich die patriotische und dankbare Pflicht der Vertreter des Volkes.“ Der Senat hat es trotz dieser Behauptung Clevelands abgelehnt, die Frage betreffs der Einstellung der Prägung von Silberdollars in Berathung zu ziehen. Diese Entscheidung setzt zwar allen weiteren Schritten in dieser Richtung während der gegenwärtigen Kongresssession ein Ende, bietet aber doch nur schwache Garantien für die Zukunft.

Darüber sind sich wohl die Gelehrten beider Hemisphären einig, daß eine von einem einzelnen Staat vorgenommene Wiedereinführung der Doppelwährung nur die wenig erwünschte Folge hätte, daß dort alles Silber zusammenströmen und das Gold in das Ausland entweichen würde. So bleibt denn nur eine interregionale Verständigung übrig, die schwierig sein mag, aber im Interesse aller Kulturstaaten ist und deshalb nicht unmöglich sein kann. Die bisherigen einseitigen Maßregeln wirkten nur als Palliativmittel, ohne das Uebel des weiteren Sinkens der Silberpreise zu verhindern. Vielleicht ist es dem Genie des deutschen Reichskanzlers vorbehalten, durch seinen Einfluß auf die konkurrierenden Mächte eine neue Münzkonferenz zu Stande zu bringen und auf dieser eine glückliche Lösung der schweren Währungsfrage zu ermöglichen.

Tageschau.

Freiberg, den 5. März.

In der gestrigen Sitzung des deutschen Reichstages versuchten die Gegner der Kolonialpolitik des Fürsten Bismarck nochmals gegen dieselbe anzukämpfen, doch fand sich abermals unter der mächtigen Nachwirkung der letzten Rede des Kanzlers eine regierungsfreundliche Mehrheit zusammen, welche auch den am 15. Dezember v. J. begangenen Mißgriff wieder gut machte. Bei der Generaldebatte über den Etat kritisirte zunächst der sozialdemokratische Abg. Liebknecht die Wirthschaftsreform, zu welcher auch die Kolonialpolitik gehöre, durch welche man auch der Ueberproduktion steuern wolle, die nach des Redners Meinung gar nicht vorhanden ist. Deutschland habe nur deshalb nicht genügenden Abfaß, weil das Volk nicht kaufen könne, und das liege in den mangelhaften sozialen Zuständen des Reichs, welche durch die Kolonialpolitik nicht gebessert würden. Man glaube sich jetzt manchmal zurückversetzt in die Zeit des französischen Südseeschwindels. Wie seien denn die Kolonien erworben? Man habe die Leute betrunken gemacht. Und stehe nicht in der Südee die Sklaverei in höchster Blüthe? Auch England habe durch seine Kolonien nicht der Ueberproduktion gesteuert. Dieses Wettrennen nach Kolonien müsse man als den Todtentanz der heutigen bürgerlichen Gesellschaft bezeichnen. Bezüglich der Sozialreform bezweifelte der Redner den ehrlichen Willen ihrer Urheber. Was man bezwecke, sei Kurpfuscheri, die den wirtschaftlichen Körper noch kränker mache. Es gehe Alles darauf hinaus, die einzelnen Stände zu begünstigen, während doch ein richtiger Staatsmann nicht Landwirth u., sondern vor Allem Nationalökonom sein müsse. Fürst Bismarck sei eben ein Staatsmann der alten Schule. (Große Heiterkeit.) Dem Fürsten Bismarck imponire der Reichstag nicht; ihm, dem Redner, imponire die Politik des Reichskanzlers nicht. Durch dessen auswärtige Politik wäre die innere erst möglich geworden; darum seien beide verurtheilenswürdig und kein Unterschied zwischen beiden. Für den Frieden habe Fürst Bismarck gar nichts gethan, auch nicht in Skierniewice. Wenn der Frieden nicht in den ganzen Verhältnissen liege, dann haben wir ihn nicht. Aus allen diesen Gründen würden die Sozialdemokraten gegen das Budget stimmen. Abgeordneter v. Grand-Ny trat dem Vorredner gegenüber warm für die Kolonialpolitik ein, die allein der Ueberbevölkerung abhelfen und unsere Exportindustrie heben könne. Das Haus trat sodann in die Spezialdebatte ein und genehmigte die Kapitel Bundesrath, Reichstag, Reichskanzler, Reichskasse, sowie Auswärtiges Amt des Titels 1 unverändert. Zu Titel 2, neuer Direktor im Auswärtigen Amt, nahm der deutschfreisinnige Abg. Richter das Wort und führte aus, daß die Abstimmung am 15. Dez. v. J. erfolgt sei ohne Partei-Rücksichten, da es der Fraktion gleichgiltig sei, ob im Auswärtigen Amt zwei oder drei Direktoren fungiren. Die deutschfreisinnige Partei werde ihr Votum aufrecht erhalten. Abg. Freiherr von Franckenstein bezeichnete es als eine Pflicht des Zentrums, nach den Schwärmungen und Verbächtigungen, die sich an das Votum vom 15. Dezember geknüpft hätten, das letztere in dritter Berathung aufrecht zu erhalten. Abg. Graf Dönhoff empfahl seinen Antrag auf Wiederherstellung der abgelehnten Position. Auch Geheimrath Hunnert befürwortete die Bewilligung und bezog sich auf die in der Budgetkommission abgegebenen Erklärungen der Regierung, in welchen die Bedürfnisfrage eingehend dargelegt worden sei. Die Organisation des Auswärtigen Amtes beruhe heute noch wesentlich auf einer allerhöchsten Ordre aus dem Jahre 1810. Daß bei den veränderten Verhältnissen und der enormen Zunahme der Geschäfte seit jener Zeit diese Organisation nicht mehr zulange, sei klar. Durch die thatsächliche Geschäftsüberbürdung wäre das Personal des Auswärtigen Amtes vielfach erkrankt, so seit fast Jahresfrist der gegenwärtige Direktor. Abg. v. Lenz erklärte die Zustimmung der Nationalliberalen zu der Wiederherstellung der Regierungsforderung. Abg. Ricker hat, die Sache einfach etatsmäßig zu erledigen, zumal allseitig die Meinung herrsche, daß das Auswärtige Amt einer neuen Kraft bedürfte und es sich nur darum handle, ob dafür die Bewilligung provisorisch oder definitiv erfolgen solle. Ein Theil seiner politischen Freunde werde daher schon heute für die Bewilligung stimmen, weil sie glauben, daß in einem Jahr die Dinge nicht anders liegen werden wie heute. Die Bewegung von außen habe gar keinen Einfluß darauf gehabt. Abg. von Wöllwart griff auf die Entrüstung, die sich an die Abstimmung vom 15. Dezember geknüpft, zurück, kritisirte die damalige Haltung des Reichstags und machte auf die tiefgehende Bewegung in seiner